

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat der SVP-Fraktion: FHNW-Kostenexplosion: Massnahmen statt Nachtragskredite**

Autor/in: [Thomas de Courten](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 26. März 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Der Landrat hat den Staatsvertrag zur Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) im Oktober 2004 unter der Voraussetzung genehmigt, dass mit der Zusammenlegung der Fachhochschulen der Kantone AG, BL, BS und SO ein erhebliches Synergiepotential ausgeschöpft wird und damit - explizit auch bei allgemein steigenden Studierendenzahlen - ein insgesamt reduzierter Kostenrahmen erreicht werden kann. Die Einhaltung dieses Finanzzieles sei angesichts des notwendigen Ausbaus der Fachhochschule nur mittels der vorgesehenen Konzentrationen bzw. der daraus resultierenden Synergiegewinne möglich, hiess es 2004 als Argument für die Zusammenlegung. Bei einem Gesamt-Budget von rund 180 Millionen/Jahre wurde für den Kanton Baselland gar eine jährliche Entlastung des Budgets von 3-4 Millionen versprochen. Die Genehmigung des Staatsvertrages wurde übrigens angesichts dieser finanziell rosigen Aussichten ohne Volksentscheid allein durch den Landrat abgeseget.

Die finanziellen Realitäten halten die regierungsrätlichen Versprechen nicht (pikanterweise obwohl ausgerechnet der damalige Baselbieter Erziehungsdirektor die heutige FHNW führt): Für die Jahre 2009-2011 sind die Kosten für die Trägerkantone bereits auf insgesamt 577 Millionen Franken angestiegen. Gegenüber der Vorperiode bedeutet dies - anstatt der versprochenen Kosteneinsparungen durch Synergiegewinne - einen massiven Kostenanstieg um 68 Millionen Franken, den die Parlamente mehr oder weniger zähneknirschend einfach bewilligen mussten. Und bereits liegt seitens der FHNW die nächste Nachkreditsforderung über 40 Millionen auf dem Tisch. Im Wesentlichen wird dieser erneute Finanzbedarf mit erhöhten Lohnkosten und ausgebliebenen Bundesgeldern begründet.

Die SVP ist nicht bereit über das bestehende, bereits massiv erhöhte Globalbudget hinaus, zusätzlichen Nachtragskrediten zuzustimmen, bevor nicht a-fonds geprüft wurde, welche Gründe für die Kostensteigerung tatsächlich massgebend sind und mit welchem Massnahmen die Kosten alternativ eingedämmt werden könnten.

Wir bitten den Regierungsrat vor der Beantragung von Nachkrediten für die FHNW an den Landrat eingehend zu prüfen und berichten,

- **mit welchen Massnahmen das aktuelle Globalbudget ohne Nachtragskredite eingehalten werden kann.**
- **worin die erhöhten Lohnkosten begründet sind, wer sie beschlossen hat und wer davon profitiert**
- **warum budgetierte Bundeseinnahmen plötzlich nicht mehr zur Verfügung stehen**
- **Mit welchen konkreten Massnahmen (z.B. der Einführung einer Numerus Clausus-Regelung) die massiv weiter ansteigenden Kosten nachhaltig in den Griff zu kriegen sind.**